

Ingrid Krau

Einleitung. Stadt und Stadtpolitik

Introduction. Cities and urban policy

Keywords: Stadtentwicklungspolitik, Europa, Lissabon-Strategie, territoriale Kohäsion, Governance

Keywords: Urban Development Policy, Europe, Lisbon Strategy, Territorial Cohesion, Governance

Kurzfassung

Heft 4/2007 dieser Zeitschrift widmete sich der EU-Strukturpolitik und den europäischen Strukturfonds mit ihren Verteilungswirkungen. Das hier vorliegende Heft beschäftigt sich mit europäischen Städten als kompakten Aktionsräumen wirtschaftlicher Aktivität und ihrer strategischen Bedeutung für die Durchsetzung einer europäischen Politik beschleunigten Wachstums, wobei die Ausrichtung auf die Ziele der Lissabon-Strategie auch kritisch gesehen wird. Dabei werden die verschiedenen aktuellen nationalen Ansätze und Entwicklungstendenzen integrativer Stadtpolitik im Spannungsfeld zwischen Lissabon-Strategie und territorialer Kohäsion analysiert und diskutiert. Neben historischen Entwicklungen und lokalen Strategien liegt ein Fokus in der Analyse und (Weiter-)Entwicklung von urbanen Governance-Modellen, deren Idealbild die lokale Verantwortungsgesellschaft ist, die jedoch in der europäischen Realität von diesem Zustand mehr oder weniger stark abweichen.

Abstract

Issue 4/2007 of this journal was dedicated to EU structural policy and the European structural funds, including the impacts of distribution. This current issue addresses European cities as compact spheres of economic activity, and their strategic importance for the implementation of a European policy of accelerated growth, also with a critical view on a mere aiming for the goals of the Lisbon Strategy. This involves analysis and discussion of various current approaches at national level and of the development trends of integration-based urban policy in the field of tension between the Lisbon Strategy and territorial cohesion. In addition to historical developments and local strategies, focus is also placed on the analysis and (further) development of models of urban governance with their idealised notion of a local community of responsibility; European reality does, however, to a greater or lesser extent diverge from this ideal.

1 RuR und Europa zum Zweiten: Nationale Stadtpolitiken

Zwei Schwerpunktheft dieser Zeitschrift in Folge haben das Thema Europa zum Gegenstand: Das erste, RuR 4/2007, war dem Thema *Europäische Strukturpolitik 2007+* gewidmet und beschäftigte sich mit den erwarteten Verteilungswirkungen der aufgelegten Strukturfonds. Der Blick ist auf wirtschafts- und finanzwissenschaftliche Aspekte, makroökonomische Wirkungen und großräumige, meist supranationale Zusammenhänge orientiert; auch Begriffe wie Integration, Konvergenz und Kohäsion werden in diesem Kontext gesehen.

Das vorliegende Heft richtet den Fokus auf die Städte in Europa, denen als kompakten Aktionsräumen wirtschaftlicher Aktivitäten in der europäischen Politik neue strategische Bedeutung zur Durchsetzung beschleunigten Wachstums zugemessen wird. Da die Strukturfonds die Quelle sind, aus der die Hilfgelder für die Städte in der Förderperiode 2007–2013 fließen, gibt es enge Berührung zwischen beiden Heften. Fördergelder aus den Strukturfonds flossen auch zuvor bereits in erheblichem Umfang in die Städte, jedoch ausgerichtet auf sektorale, untereinander selten abgestimmte Ziele. Neu sind die Bemühungen, die Fördermittel auf wachstumsstrategisch wichtige Bereiche zu konzentrieren. Zugleich wuchs aber auch die Einsicht, dass „die Stadt“ als komplexes System als ganze in den Blick genommen werden muss, folglich an kohärente Ziele der Stadtentwicklung gebunden ist. Das wiederum setzt übergreifende Stadtpolitik voraus. Aufgabe dieses zweiten Heftes ist es daher, den Blick auf diese nationalen Stadtpolitiken zu richten.

Dabei berührt das Heft eine Reihe von Facetten:

- die gesamteuropäische Ebene, die zeigt, wie sehr die Herausforderungen der Stadtentwicklung zu gemeinsamen geworden sind.
- die Ebene der forcierten Bemühungen um eine eigene nationale Stadtpolitik in Deutschland, das gerade seine föderale Struktur bekräftigt und ausgebaut hat, und sich damit als europäischer Sonderfall zeigt. Aus dem Vergleich der nationalen Stadtpolitiken in Europa schärft das Heft den Blick für das subtile deutsche System der Machtbalance zwischen Kommunen, Ländern und Staat, wie es auch den Darlegungen von *Ulrich Hatzfeld* und *Peter Jakubowski* zur nationalen Stadtentwicklungspolitik unterlegt ist.
- die Frage der territorialen Kohäsion im Rahmen der Lissabon-Strategie sowohl zwischen Metropolregionen und peripheren Teilräumen als auch zwischen den Städten und Stadtregionen und nicht zuletzt innerhalb der städtischen Territorien.

Der Diskurs bewegt sich auch in diesem Heft auf der Argumentationsebene strukturpolitischer Fragestellungen, die ihren Ausgang in einer ökonomischen Betrachtungsweise nehmen. Doch liegt es in der Natur der Stadt, dass sie nicht auf die Dimension der Ökonomie reduzierbar ist – und das schon gar nicht in ihrer genuin europäischen Daseinsform. Somit schwingen in den Beiträgen, explizit oder implizit, Setzungen mit. Diese versucht der vorliegende Beitrag vorab zu verdeutlichen und in den Kontext der großen Frage nach Status und Entwicklung der Städte in Europa zu stellen, auf die sich alles akuten Zwängen ausgesetzte Handeln beziehen muss.

2 Städte in Europa

Mit der Frage nach angemessener Stadtpolitik im Europa der 27, dessen integrative Kräfte neu herausgefordert sind, bekommt auch der Begriff „europäische Stadt“ erneut Bedeutung. Er scheint nicht nur Folge assoziativer Gedankensprünge (Stadt und Europa gleich europäische Stadt) und selbstverstärkender Diskurse zu sein, sondern drückt auch Wunsch und Hoffnung aus, die bekannte traditionelle Stadt möge zu halten sein und mit ihr ein urbaner Zivilisierungsprozess. Damit verbindet sich meist nahtlos die als Faktum verstandene Vorstellung, dass die kompakte und komplexe Stadt zugleich Träger und Garant gesteigerten dynamischen Wirtschaftswachstums sei. Eine *contradictio in adiecto*? Oder ist denkbar, dass die Städte als Kraftzentren beschleunigten und global ausgerichteten Wachstums zugleich einen zivilisatorischen Status erreichen können, der die heftigem Wandel ausgesetzte europäische Stadt als Zukunftsmodell ausweist?

An der historischen europäischen Stadt beeindruckt uns ihre Ratsverfassung, die sie über die institutionelle Sicherung von Konsens, Gemeinwohl und Machtbalance zum Gemeinwesen machte. Doch ihr Status als weitgehend autonomes Gebilde mit eigener Währung, Markt-, Zoll- und Steuerhoheit, mit städtischem Recht, eigener Gerichtsbarkeit und militärischer Eigenmacht liegt weit hinter uns. Es war der Freiherr vom Stein, der die Städte nach langer Zeit des Autonomieverlusts zu Beginn des 19. Jahrhunderts als sich selbst regierende Gemeinden mit einheitlichem Bürgerrecht und gewählten Entscheidungsträgern (noch beschränkt auf das Besitzbürgertum) als Garantie für wirtschaftliches Erstarken, Gemeinsinn und politische Erziehung verstand (zugleich eingebettet in einen übergeordneten Wirtschaftsraum ohne Zollschränken). Die Weiterentwicklung dieser Gedanken in deutschen Bundes- und Länderverfassungen nach 1945 begründet unseren Sonderweg in Europa.

Im Kern geht es um die Wandlungs- und Erneuerungsfähigkeit der europäischen Städte, durch die sie auch längst zu einem anderen, vielfältig abhängigen Stadttypus mutiert sind. Aber auch dieser weist immer noch Qualitäten auf, die ihn von anderen auf dem Globus existierenden Stadttypen unterscheiden. Diese kann Europa den Megalopolen der Welt entgegensetzen, wenn es im globalen Transformationsprozess um die Werte der heutigen europäischen Stadt ringt. Die Qualitäten und Werte lassen sich umreißen mit gesteigertem Lebenswert, Innovation, Kultur und Kreativität durch weitgehend offene und öffentliche Kommunikation auf begrenztem Raum, politische Selbstverwaltung, Interessenausgleich und Machtbalance bei prekärer, aber doch immer wieder gelingender sozialer Kohäsion auf lokaler Ebene. Dieses Wertesystem bildet den Grundstock erfolgreicher Ökonomie, die gerade im globalen Zeitalter in jene Städte drängt, die die umfassendsten Qualitäten bieten, und damit auch den Grundstock permanenter Wandlungs- und Erneuerungsfähigkeit.

Vorteile der Stadt sind die kommunikative Dichte und Nähe, die Vielgestaltigkeit der Angebote, die gebündelten Chancen des Wissenserwerbs, die Wahlmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt und die Zeitersparnis durch kurze Wege, die sich aller Telekommunikation zum Trotz nicht auf das Land mitnehmen lassen. Doch sind es nicht nur pragmatische Erwägungen, die agile Menschen in Städte und Innenstädte zurückkehren lassen. Die Stadt ist zugleich ein Konstrukt des Wollens und der Hoffnung. Aber erliegen wir nicht falschen Beschwörungen – Groß- wie Mittel- und Kleinstädte haben noch manche Aufgabe zu erledigen, um stadtfeindlichen Einstellungen neue Stadtqualitäten entgegenzusetzen!

Die Unterschiede im Verhältnis von Staat und Kommune können größer nicht sein als im derzeitigen Europa, wie die nachfolgenden Länderbeiträge zeigen. Dem steht eine erstaunliche Konvergenz der Wunschprojektionen gegenüber: Die emanzipierte Bürgergesellschaft möge sich zur lokalen Verantwortungsgesellschaft weiterentwickeln und dem Staat Verantwortung abnehmen. Mit dieser möchten die EU-Kommissionen in Brüssel, aber auch die nationalen Regierungen und die deutschen Länderregierungen unmittelbar, möglichst unter Umgehung der jeweils anderen, in Kontakt treten. In diesem Heft beschäftigen sich *Jörg Bogumil et al.* und *Susanne Frank* mit der Frage der künftigen Rolle der Kommunen im europäischen Machtgefüge: Werden die Steuerungsmechanismen der EU über den Einsatz der Strukturfondsmittel die Kommunen eher willfährig und abhängig machen? Oder verweist der von *Bogumil et al.* herausgestellte Trend immer weiterer Überantwortung von Aufgaben an die kommu-

nale Ebene in die Richtung der Rückgewinnung lokaler Autonomie?

Susanne Frank stellt die Frage an den Anfang, warum die EU an wachsendem Einfluss auf die europäischen Städte interessiert ist und antwortet, dass es mehr als nur das Interesse an beschleunigtem ökonomischen Wachstum sei, sondern letztlich das gleiche Motivbündel, das alle Politiker bemühen: das kulturelle der identitätsstiftenden europäischen Stadt, das ökonomische der wettbewerbsfähigen, das soziale der integrierten/integrierenden und das politisch-institutionelle der gut regierten Stadt. Das gibt zu denken, denn es gibt ja die latente intellektuelle und politische Besorgtheit, dieses Brüssel-Europa sei ein mit Hilfe des „Goldenen Zügels“ usurpatorisches, das sich mit der Lissabon-Strategie dem kruden Ökonomismus verschrieben habe. Frank selbst geht von einem eher unproblematischen und gegebenen Ineinandergreifen von „ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit“ und „sozialer Kohäsion“ aus.

3 Lissabon-Strategie und territoriale Kohäsion

Die Beiträge des vorausgegangenen RuR-Schwerpunkt-hefts zur europäischen Strukturpolitik 2007+ kommen zu unterschiedlichen Einschätzungen, in welchem Verhältnis wirtschaftliches Wachstum und Kohäsion durch den veränderten Einsatz der Strukturfonds der Förderperiode 2007–2013 stehen werden. *Konrad Lammers* sieht Wachstum und davon abhängig auch eine gewisse Angleichung der Lebensstandards bis in die retardierten Gebiete hinein als Folge des durch die neuen Beitrittsländer gewachsenen Binnenmarkts und weniger als Ergebnis der EU-Förderung. *John Bachtler* beobachtet eine starke Einflussnahme der EU-Vorgaben in Richtung Innovation, Wissen, Unternehmertum auf die von den Mitgliedsländern für 2007–2013 aufgestellten nationalen Programme, hält aber die Wirkung des Fördermitteleinsatzes für nicht abschätzbar. Ihn als Briten interessieren die Auswirkungen der Kohäsionspolitik auf das wirtschaftliche Wachstum und nicht umgekehrt, die einer forcierten Wachstumspolitik auf die Kohäsion (wie man es in Deutschland zu sehen pflegt). Wichtig ist auch der feine Unterschied zwischen territorialer und sozialer Kohäsion: Bei Lammers ist soziale Kohäsion die normale Folge zunehmender territorialer Kohäsion; Bachtler und Frank sehen keine kausale Verbindung, Bogumil et al. sehen in Übereinstimmung mit einer Reihe deutscher Stimmen eher die Zunahme der sozialen Polarisierung mit einseitig forciertem Wirtschaftswachstum.

Im vorliegenden Heft überwiegt die Sorge vor Lissabon. Diese wird gestützt durch den Beitrag von *Markus Eltges* im vorausgegangenen Schwerpunktheft, der die Auswir-

kungen der Lissabon-Strategie auf die Bewilligung von Förderanträgen durch die EU herausstellt: Fast die gesamten mit Strukturfondsmitteln förderfähigen Infrastrukturinvestitionen in Städten werden von Brüssel als „nicht lissabontauglich“ eingestuft, d.h. es wird ihnen kein Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung zuerkannt. Die bauliche Revitalisierung gilt, soweit es um Bauten für Wissenschaft und Innovation geht, als lissabontauglich, soweit es um den Bedarf der Bevölkerung und Rückbau geht, als nicht lissabontauglich. Für Planer, die sich mit Fragen der Stadtentwicklung beschäftigen, ist diese umsetzungstechnokratische Kategorisierung eine harte Nuss, entspricht sie doch so gar nicht ihren Bemühungen um die für zukunftsfähige Städte in Europa unverzichtbare und auch von der EU gewollte „integrierte Stadtentwicklung“.

Konrad Lammers' Aussage folgend, dass das Ansteigen des nationalen Pro-Kopf-Einkommens sich letztenendes auch positiv auf die strukturschwachen Regionen auswirke, müssten vom nationalen Wirtschaftswachstum – egal wo erbracht – auch die Klein- und Mittelstädte in regressiven Gegenden quasi automatisch einen Wohlfahrtsgewinn haben. Das erscheint tröstlich, doch in der Realität nicht nur der neuen Bundesländer stellt sich längst die Frage: Wann erfüllt eine Stadt noch für die Wirtschaft und Bürger jene segensreichen Funktionen, die Stadt ausmachen?

Die Schwelle nach unten lässt sich beschreiben. Wenn

- zu viele junge qualifizierte oder qualifizierbare Leute abgewandert sind,
- die Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten ausgedünnt und viel zu weit entfernt sind,
- die für ein urbanes Leben notwendige Versorgung zu löchrig geworden ist,
- kulturelle Einrichtungen nicht mehr da sind und nur Vereinsleben und Heimkino bleiben,
- die Einwohnerzahlen kontinuierlich sinken,
- es nicht mehr lohnt, in die eigenen Häuser zu investieren,

dann ist die Schwelle bereits unterschritten und sind die Schäden irreparabel.

Die heutige Dynamik der Teilung in Verlierer- und Gewinnerstädte wird von großräumlich wirksamen Standortfaktoren vorgegeben. So ist Raumentwicklung Stadtentwicklung und vice versa Stadtentwicklung Raumentwicklung, im positiven wie im negativen Fall – mit der Folge der Gleichzeitigkeit von Wachstums- und Schrumpfungsprozessen, eine Entwicklung, die sich den Bemühungen von Politik und Wissenschaft entzieht, wie *Robert Kaltenbrunner* und *Hans-Peter Gatzweiler* herausstellen.

4 Nationale Stadtpolitiken

Die Großstädte der Niederlande, Frankreichs und Großbritanniens verbinden ähnliche Problemlagen: hoher Bevölkerungsanteil mit niedrigen Einkommen, überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit und schlechte schulische Bildung, gefolgt von ethnisch eingefärbter sozialer Ausgrenzung. Alle drei Länder haben aufeinanderfolgende Wechsel nationaler Stadtpolitiken hinter sich, mit denen sie versuchten, diese Problemlagen zu mindern. Hinreichend überwunden sind sie in Verbindung mit dem in allen drei Ländern zu verzeichnenden Wirtschaftsliberalismus aber auch dort nicht, wo im Sinne eines politischen Lernprozesses neue Orientierungen und Instrumente alte Fehlsteuerungen ersetzt haben.

Am erfolgreichsten stellt sich Großbritannien dar, hier von *Johann Jessen* und *Uwe-Jens Walther* am Beispiel Manchesters belegt. Nach dem kruden Wirtschaftsliberalismus mit weitgehendem Rückzug des Staates verdankt sich der Erfolg offensichtlich der Rückkehr zu sozialstaatlicher Intervention, gekoppelt an liberale Grundsätze zur Stärkung der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit. Zum Erfolg gehören privat-öffentliche Partnerschaften, integrative Projekte, das Erproben und kontinuierliche Verbessern von Empowerment-Strategien sowie die strikte Evaluation staatlichen Handelns.

Jan van der Meer und *Eric Braun* führen aus, dass in den Niederlanden das Hineinregieren des Staates als zunehmend problematisch erkannt wird. Konsequente Evaluierung zeigte, dass die Staatsintervention keine messbaren Erfolge zeitigte, sondern eher durch ideelle Unterstützung positiv wirkte. Man hat die staatliche Intervention nun auf eine begrenzte Zahl von Modellprojekten besonders prekärer Quartiere reduziert, die auf die Stärkung handlungsfähiger Nachbarschaften zielen.

Die immer noch von starker zentralistischer Staatsintervention bestimmte Stadtpolitik Frankreichs tut sich am schwersten, den zivilgesellschaftlichen Förderkriterien der EU zu entsprechen, auch wenn diese formal beachtet werden. *Jean-Jacques Terrin* zeigt, dass die Dezentralisierung seit 1982 zu neuen staatlichen Regionalinstanzen und Aufgabenzuweisung an die Kommunen geführt hat, während Zentralstaat und alte Departements sich weiter einmischen. Die Vervielfältigung der Entscheider habe die Verfahren vor allem komplizierter und langwieriger gemacht.

Uwe Altröck stellt am Beispiel mittelosteuropäischer Städte bzw. EU-Staaten die Gemeinsamkeiten der neuen nachsozialistischen Mitgliedsländer, aber auch nationale Unterschiede heraus. Gemeinsam ist ihnen die Wiederherstellung der kommunalen Selbstverwaltung, das übersteigerte Vertrauen auf die segensreichen

Wirkungen des Wirtschaftsliberalismus und daher die Vernachlässigung nationaler Stadt- wie auch lokaler Stadtentwicklungspolitik. Sie tun sich daher schwer, den Anforderungen nach Nachhaltigkeit und Bürgerbeteiligung der EU- Förderprogramme zu entsprechen, obwohl die EU zugunsten der Kohäsion in Europa den neuen Mitgliedsländern einen weit überproportionalen Anteil an den Strukturfonds bereithält.

5 Die gut regierte Stadt

Gute Stadtregierung: Dies ist eine Frage, der *Susanne Frank* in ihrem Beitrag eine zentrale Rolle zuschreibt, denn ohne neue Governance-Modelle keine Finanzmittel der EU. Mehr noch: Sie konstatiert, dass weder Wettbewerbsfähigkeit (competitiveness) noch Kohäsion (cohesion) die entscheidenden Felder zum Verständnis der europäischen Stadtpolitik seien, sondern *Governance*.

Der Imperativ „Governance“ betont den Wandel vom durchregierenden zum intelligent agierenden und effizienten Staat, der seine Ziele so umso eher erreicht. Governance sei die Kunst der übergreifenden Steuerung von dispersen Prozessen, eine „Rückkehr zum Politischen“ in neuer Form, die auf netzwerkartiger, nicht mehr hierarchischer „Kontextsteuerung“ in der „Trias von Staat, Markt und Zivilgesellschaft“ beruhe; „der Bewohner ... wandelt sich vom Betroffenen zum zunehmend einflussreicheren Mitspieler ...“, doch brauche er noch Unterstützung über „Empowermentstrategien“, unterstützt vom Planer als „Ermöglicher“ privaten Handels (so Kuhnert/Linh Ngo in der Zeitschrift Arch+ 173, 2005). Doch gibt es auch warnende Stimmen, dass die diffusen Entscheidungsgänge der Governance die bisher von der Bürgerbeteiligung herausgeforderten demokratischen Strukturen unterliefen, und zwar je größer die Gebilde werden, desto mehr – so Christoph Zöpel bei der Jahrestagung 2007 der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) in Nürnberg.

Das vorliegende Heft bietet eher Mosaiksteine, was denn nun „gutes Regieren“ sei: *Bogumil et al.* stellen heraus, dass die Dezentralisierung von Staatsaufgaben an Bedeutung gewinne, sowohl auf europäischer als auch auf nationaler deutscher Ebene. Das Grundgesetz nach der Föderalismusreform räume den Städten und Gemeinden kommunale Selbstverwaltung „in allen Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft“ ein. Die Autoren sprechen den Kommunen hohe Problemlösungsfähigkeit zu und möchten daher die kommunalen Handlungsspielräume erweitert sehen. *Hans-Peter Gatzweiler* und *Robert Kaltenbrunner* sehen hingegen in den Stadtregionen eher eine Realität, die sich aufgrund der zersplitterten Zuständigkeiten al-

ler Einflussnahme entzieht und die sie durch „gestaltende Zusammenschau“ von „Planung, Expertise und Betroffenen“ zu überwinden hoffen – ein weites Feld! *Susanne Frank* betont, dass insbesondere die osteuropäischen Beitrittsländer die lokale Good Governance als Hebel sehen, die alten (staatsdominierten) „verkrusteten administrativen Strukturen“ aufzubrechen.

In Frankreich glaubt der Zentralstaat eine neue Form guten Regierens gefunden zu haben, indem er seine Agenten nunmehr nicht in Paris, sondern direkt vor Ort Stadtentwicklung betreiben lässt, in Kontakt zu den lokalen Akteuren. Doch sind diese Vorstellungen vom „guten Regieren“ nicht erst in den jüngsten Revolten in den Vororten brüchig geworden. Nach *Jean-Jacques Terrin* blicken aufgeschlossene Bürger, vor allem Intellektuelle, bewundernd auf die deutschen kommunalen Selbstverwaltungsstrukturen. Dem normalen Bürger aber erscheine der Zentralstaat zwar als Produkt des Absolutismus, aber – geadelt durch die Französische Revolution – als politisch unverdächtige und pragmatische Instanz, die ihn von lästiger Arbeit eigenen lokalen Engagements befreie und zudem über den lokalen Querelen und Provinzposen stehe (Terrin auf der ISW-Tagung „Stadterneuerungsstrategien europäischer Nachbarn“ am 30.11.2006 in München).

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) stellt mit dem Memorandum Vorschläge zur Umsetzung seiner nationalen Stadtpolitik für Deutschland vor, die ganz im Sinne von Governance als moderner Kontextsteuerung von Institutionen und Akteuren aller Ebenen konkretisiert und mit Leben ausgefüllt werden sollen. Der Staat versteht sich als Anreger, der immer neue Impulse setzt. Doch können Impulsprojekte mit kurzen Laufzeiten nur sehr begrenzt nachhaltige Spuren hinterlassen. Erfolgreich erweisen sich die, die auf schon vorher etabliertes privates Engagement aufbauen können – der Staat kann als Anreger zwar initiieren, aber nicht garantieren.



Ambrogio Lorenzetti: Effetti del buon governo 1337–1340 (Siena Palazzo pubblico)

6 Was leistet Städtebaupolitik?

Johann Jessen, Uwe-Jens Walther, Jean-Jacques Terrin, Uwe Altröck, alle vier in universitäre Planungsinstitute eingebunden, gehen mit Selbstverständnis davon aus, dass im Vordergrund nationaler Stadtpolitik die Stadtentwicklung mit planerischen und baulichen Mitteln stehe. Integrierte Stadtentwicklung ist für sie Sache der Fachleute für Raumordnung, Planung, Städtebau und Architektur, erweitert um zugeordnete ökonomische, soziale und Empowerment-Kompetenz.

Jörg Bogumil und seine Koautoren nehmen dies als Politikwissenschaftler nicht als selbstverständlich hin. Dass Stadtpolitik in der Regel als Stadtentwicklungs- und Städtebaupolitik praktiziert wird, erscheint ihnen als Verengung des Handlungsfokusses, denn die entsprechenden Ministerien hätten am wenigsten die Macht, die „starken“ Ressorts (Wirtschaft, Finanzen, Arbeit und Soziales) mit in das Boot integrativer Politiken zu holen. Tatsächlich lesen wir in den Berichten zu den Niederlanden, Großbritannien und Frankreich, dass die Phasen, in denen nationale Stadtpolitik allein auf bauliche Revitalisierung setzte, den vielfachen Niedergang von Städten nicht aufhielten. *Van der Meer/Braun* schlussfolgern, nachhaltige Aufwertung von Städten gehe nicht ohne integrative Politiken, lassen aber offen, wo diese anzusiedeln seien.

Verweilen wir einen Moment bei der Frage, was denn Stadtentwicklung und Städtebau und die zuständigen Ressorts für vitale und zukunftsfähige Städte leisten. Die Planungsdisziplinen Raumordnung, Stadtplanung, Städtebau und Architektur sind von allen Disziplinen am deutlichsten auf die Stadt bezogen und an komplexe Problemlösungskompetenz gebunden, ihre Konzepte und Projekte müssen sich zudem über die Gegenwart hinaus bewähren – Gründe genug, dass Stadtentwicklungspolitik hier in aller Regel angebunden wird. Bei allen inkorporierten Gefahren disziplinärer Enge zeigt sich kein anderes Ressort, das Komplexität besser ausgestalten könnte.

Jenseits aller politisch-pragmatischen Erwägungen liegt die wesentliche Begründung in der symbolischen Bedeutung der gebauten Stadt als Gemeinwesen und als kulturelles Gesamtkunstwerk, in dem sich architektonisches Erscheinungsbild und Befindlichkeit noch immer gegenseitig bedingen.

Prof. Dr. Ingrid Krau
Institut für Städtebau und Wohnungswesen
Steinheilstraße 1
80333 München